

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

17. Juni 1953 - 17. Juni 1965

52

Zum "Tag der deutschen Einheit"

Von Herbert Wehner, MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen

2 - 3

Im Dienste der Wiedervereinigung

78

Vorbereitung auf den "Tag X"

Zum vierten Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats

4

Verbesserte Atmosphäre

21

Nach dem Besuch de Gaulles

4

Passierscheineabkommen

29

Ein Erfolg der Politik der kleinen Schritte

5 - 6

Spektakuläres "Verbot der Atomwaffen" ist keine Lösung

62

Sowjets leiten wieder Propagandafeldzug ein

Von Pierre Simonitsch, Genf

6

Bücher- und Zeitungsberg in der Sowjetunion

26

Ein Überblick - entnommen der "Prawda"

17. Juni 1953 - 17. Juni 1965

Von Herbert Wehner, MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen

Der "Tag der deutschen Einheit" steht in diesem Jahr wiederum im Zeichen der Erinnerung an jene Stunden vor zwölf Jahren, in denen deutsche Arbeiter in Berlin und an vielen anderen Orten der sowjetischen Besatzungszone aufgestanden sind, um die Fesseln der kommunistischen Gewaltherrschaft abzuschütteln. Sowjetische Panzer setzten dem Aufstand ein brutales Ende. Nur diese Panzer retteten Ulbricht und seine Helfershelfer vor der persönlichen und der politischen Niederlage.

Die Opfer dieses Aufstandes mahnen uns auch heute an die Dankeschuld, in der wir jenen gegenüber stehen, die der Welt gezeigt haben, daß auch Deutsche bereit sind, der Tyrannei die Stirn zu bieten. Vielleicht haben sie für das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt mehr getan, als alle Wirtschaftswunder es zu tun vermochten.

Damit die Opfer nicht vergebens waren, rufen wir im freien Teil unseres Vaterlandes ihren Freunden, die heute schweigen müssen, und der Welt zu:

Es kann in unserem Volk keine Ruhe und keine Rast geben, bis nicht überall erkannt wird, daß auch unser Volk das Recht auf seine Selbstbestimmung, das Recht auf seine Vereinigung in Frieden und Freiheit hat.

Dieser Ruf ist keine Überheblichkeit und erst recht nicht das Drängen auf Unerfüllbares. Er ist die legitime Lebensäußerung eines jeden Volkes, das die gleiche Sprache spricht, die gleiche Geschichte mit allen ihren Tiefen und Höhen hat, und das in Selbstachtung seinen Beitrag zum Fortschritt und zur Erhaltung des Friedens in der Gemeinschaft anderer Völker leisten will. Solange die Spaltung unseres Vaterlandes andauert, wird dieser Beitrag nur unzulänglich und unvollkommen sein. Die Spaltung Deutschlands belastet unser Volk, hemmt seine natürlichen Empfindungen und läßt alles das verkümmern, was andere Völker in Freiheit entwickeln können.

Seit dem Bau der Schandmauer in Berlin muß ein Teil unseres Volkes in einem Ghetto leben. Nur kleine Schritte von hüben nach drüben lassen hin und wieder das Ghetto durchdringen. Meist aber wird geschossen an der widernatürlichen Grenze; geschossen auf Befehl, geschossen vom Bruder auf den Bruder.

Versteht es die Welt, wenn wir sagen, daß 20 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges die 17 Millionen unserer Landsleute "drüben" ebenso wie die 55 Millionen hier im freien Teil Deutschlands das Recht haben, selbst ihr Schicksal zu bestimmen? - Diese Frage an die Welt zu richten, heißt aber auch, zu fragen, ob wir alles in unserer Kraft stehende getan haben, um die Spaltung zu überwinden. Haben wir in den vergangenen Jahren immer richtig gehandelt? Haben wir klar erkannt, daß auch von uns Opfer gefordert werden?

Diese Fragen richtig zu beantworten, ist eine Aufgabe der Politik. Sie können nicht nur mit Beschwörungen und Proklamationen, mit Appellen an andere und im Bewußtsein, Recht zu haben, beantwortet werden.

Die Erinnerung an das Recht ist notwendig; wir müssen stets wissen, welches die Rechtsgrundlagen unserer politischen Forderungen und Ziele sind. Aber ebenso notwendig ist die klare Erkenntnis, daß in der deutschen Frage von uns Deutschen etwas in Bewegung gebracht werden muß, das die internationale Politik von uns und von niemand anderem als Beitrag zur Meisterung unserer Schicksals erwartet. - Wenn wir in diesem Sinne den Tag der deutschen Einheit in Würde begehen, wissen wir, daß auch wir das Rad der Geschichte in Bewegung bringen.

Im Dienste der Wiedervereinigung

Vorbereitung auf den "Tag X"

Zum vierten Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats

sp - Der deutschen Öffentlichkeit liegt nun der vierte Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands vor. Er umfaßt die Zeitspanne von 1961 bis 1965. Es ist ein dickes Buch von über 400 Seiten geworden; die Fülle des behandelten Stoffes vermittelt ein genaues Bild der Situation in Mitteldeutschland.

Der Forschungsbeirat arbeitet selbständig; seine Berichte unterliegen keiner Zensur oder Auflagen. Beschlüsse und Empfehlungen dieses überparteilichen Gremiums werden einstimmig gefaßt, an sich schon eine höchst bemerkenswerte Leistung, die um so höher zu schätzen ist, als im Forschungsbeirat die verschiedensten politischen Richtungen vertreten sind. Dieses überparteiliche und um Harmonisierung der verschiedenen Auffassungen sich bemühende Forum kann natürlich den Politikern nicht vorschreiben, was sie zu tun haben. Es ist auch nicht Aufgabe des Forschungsbeirats nach Wegen und Mitteln zur Wiedervereinigung zu suchen. Das würde über seine Kraft und seine selbstgesteckten Grenzen hinausgehen. Ihm obliegt es - und nur mit dieser Zielsetzung ist er im Jahre 1952 gebildet worden - die Wiedervereinigung gedanklich, wirtschaftlich und sozial vorzubereiten. Das wird von Jahr zu Jahr immer schwieriger. Vorbei sind die Zeiten, in denen viele glaubten, die Wiedervereinigung des gespaltenen Deutschland stünde als Geschenk des Himmels vor der Tür. Dies erwies sich als eine Illusion. Heute muß die deutsche Politik bei der Lösung der deutschen Lebensfrage mit weitaus größeren Zeiträumen rechnen.

Die sowjetische Deutschland-Politik fußt auf der These, daß die Verschiedenheit der Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands eine Wiedervereinigung von vornherein ausschließe. Diese willkürlich aufgestellte These hält der Wirklichkeit nicht stand. Sie dient nur als Waffe für die Aufrechterhaltung des geteilten Deutschland. Gewiß, 20 Jahre nach der 1945 eingetretenen Zerreißung des deutschen Staats-

und Wirtschaftskörpers haben sich in beiden Teilen Deutschlands einander entgegengesetzte Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme entwickelt.

In der Bundesrepublik gilt unverändert das freiheitliche Prinzip, gelten die Grundsätze des Wettbewerbs, der Marktwirtschaft, der Eigeninitiative und des Privateigentums. In Mitteldeutschland herrscht die Allmacht des Staates, ist der Mensch zentraler Planung unterworfen, seine Freiheit zur Eigeninitiative aufgehoben. Die Bevölkerung der Zone bekommt diesen Systemunterschied bitter zu spüren. Im Vergleich zur Bundesrepublik liegt sie im Lebensstandard um zehn Jahre zurück, die Produktion hinkt nach, der technische Apparat ist vielfach veraltet. Dabei sind die Mitteldeutschen nicht weniger tüchtig als die Deutschen in der Bundesrepublik. Das Fachkönnen und die Leistungskraft des sächsischen und thüringischen Industriearbeiters blieben erhalten; sie kommen nicht zum Zuge, da die Verzerrungen im Wirtschaftssystem der Zone die volle Entfaltung reicher Fähigkeiten verhindern und Energien ins Leere verpuffen lassen.

Am heute noch nicht in Sichtweite gerückten "Tag X" wird sich die Wiedervereinigung nicht im Sinne eines Anschlusses Mitteldeutschlands an die Bundesrepublik vollziehen. Es muß eine Übergangsregelung geben, die den Prozeß der Angleichung so reibungslos als zur möglich macht. Darauf konsentriert sich die ganze Arbeit des Forschungsbeirats, wobei er frei bleibt von ideologischen Scheuklappen. Was "drüben" gut ist, wie etwa die stärkere Zulassung von Arbeiter- und Bauernkindern zum Hochschulstudium, wird nicht angetastet werden. Auch muß angemessene Berücksichtigung finden, was die Mitteldeutschen an Reparationsleistungen aufbrachten. Der Forschungsbeirat geht von der Überzeugung aus, die überwiegende Mehrheit unseres wiedervereinigten Volkes werde sich für die marktwirtschaftliche Ordnung entscheiden, auch glaubt er, aufgrund seiner Forschungen und Analysen die Übergangszeit auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum begrenzen zu können.

Mit dem vierten Bericht des Forschungsbeirats ist den Politiker und Wirtschaftler ein unentbehrliches Material in die Hand gegeben. Die präzise Kenntnis der Lage in Mitteldeutschland macht den mitteldeutschen Raum transparent, entschleiern die Vorgänge. Darin liegt der große Wert dieses Berichtes und das Verdienst der Männer und Frauen, die sich mit dem Studium der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Zone befassen. Niemand weiß den Tag vorauszusehen, an dem diese Arbeit ihren Niederschlag in der praktischen Politik finden wird. Dennoch bleibt sie notwendig und unerlässlich. Sie geschieht nicht im luftleeren Raum, und es sind keine Illusionisten, die sich dieser Tätigkeit mit großer Sachkenntnis und innerer Leidenschaft widmen. Die Arbeit des Forschungsbeirates steht unter dem Gebot des Grundgesetzes, sich so zu verhalten, als könnte die Wiedervereinigung schon morgen Wirklichkeit sein. Dieses Gebot verpflichtet, es vereinigt Männer und Frauen im Dienst für eine gemeinsame Aufgabe.

Verbesserte Atmosphäre

Nach dem Besuch de Gaulles

sp - Nach dem Besuch des französischen Staatspräsidenten befindet sich die Bundesregierung wieder einmal in der etwas peinlichen Situation, nicht genau sagen zu können, zu welchen Ergebnissen man bei den Besprechungen zwischen Erhard und de Gaulle sowie bei den Arbeitssitzungen der französischen und deutschen Minister tatsächlich gelangt ist. Gewiß, die Atmosphäre zwischen Paris und Bonn dürfte sich verbessert haben. Ob jedoch in absehbarer Zeit greifbare Resultate auf jenen Gebieten erzielt worden sind, die in jüngster Zeit das deutsch-französische Verhältnis strapaziert haben, bleibt abzuwarten. Erstaunlich ist nur, wie schnell amtliche deutsche Stellen noch während des Besuches der französischen Ministermannschaft geneigt waren, sich selbst spektakuläre Erfolge in die Taschen zu jucheln. Man sollte doch eigentlich aus Erfahrung wissen, daß derartige Kunststücke nicht lange Bestand haben und meist schon wenige Stunden nach ihrer Vorführung durch Gegendarstellungen überholt erscheinen. Wenn Einigkeit darüber erzielt wurde, daß man gewillt sei, das deutsch-französische Verhältnis nicht zu verschlechtern, so wäre dies schon etwas wert. Die nun folgenden Expertenbesprechungen werden zeigen, ob das ohne Zweifel in Bonn gegenseitig abgegebene Versprechen zur Verbesserung der Beziehungen einen realen politischen Wert hat. Wir wünschen und hoffen es.

Passierscheinabkommen

sp - Was gut ist für die Menschen, muß auch gut für Deutschland sein. Politik hat sich im menschlichen Bereich zu bewähren, hat den Menschen zu nutzen; wo das nicht geschieht, ist sie keinen Pfifferling wert. Das braucht und kann nicht immer mit großen Schritten und spektakulären Gesten geschehen, auch die stille und geduldige Arbeit trägt ihre Früchte. Das nun abgelaufene Passierscheinabkommen in Berlin ist ein Musterbeispiel dafür, daß auch im gespaltenen Deutschland der innere Zusammenhalt unseres Volkes bewahrt werden kann, sofern Einsicht und guter Wille vorhanden sind.

Die Bilanz ist eindrucksvoll. Seit November 1964 sind etwa zweieinhalb Millionen Westberliner in Ostberlin gewesen, ungerechnet die vielen Millionen, die aus der Zone nach Ostberlin kamen, um ihre Verwandten und Freunde zu sehen. 320 000 Rentner konnten in diesem Zeitraum die Bundesrepublik besuchen, daneben wurden 30 000 Passierscheine der Zonenbehörden außerhalb der Besuchszeiten für dringende Familienangelegenheiten erteilt. Menschliche Begegnungen wiegen nach langen und schmerzvollen Jahren der Trennung schwer. Sie stärken das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, geben den Beteiligten neue Hoffnung. Niemand von den Unterhändlern hatte dieses Ausmaß erwartet. Es überraschte auch die Welt. Seit diesen Begegnungen von Millionen Deutschen kann niemand mehr sagen, die Deutschen hätten sich mit der Spaltung ihres Volkes abgefunden. Der Wille, wieder zusammenzufügen, was zusammen gehört, ist eine Realität, an der die Großen dieser Erde nicht vorbeigehen können.

Wird eine Neuauflage des Passierscheinabkommens erfolgen? Die östliche Seite macht Schwierigkeiten. Sie verbindet die Fortsetzung der Begegnungen mit sachfremden Erörterungen. Der Berliner Senat wird, im Einverständnis mit der Bundesregierung, auf mögliche Erpressungsversuche schon die würdige Antwort zu geben wissen.

Spektakuläres "Verbot der Atomwaffen" ist keine Lösung

Sowjets leiten wieder Propagandafeldzug ein

Von Pierre Simonitsch, Genf

Der sowjetische Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York, Fedorenko, hat vor kurzem dem auf Wunsch Moskaus einberufenen UNO-Abrüstungsausschuß die Abhaltung zu Beginn des nächsten Jahres einer "Weltkonferenz" vorgeschlagen, an der ein Verbot aller Atomwaffen beschlossen werden solle. Damit haben die Kremlichefs eine alte Propagandaparole, die sich übrigens mit den Vorstellungen Pekings deckt, aus einer halbvergessenen Schublade herausgeholt. Die Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungskonferenz, des einzigen erfolgversprechenden Forums, bleibt weiterhin in Frage gestellt.

Dabei hatten die westlichen Vertreter schon fest mit einem Abschluß der unnützen Debatte zwischen den mehr als hundert Delegierten im UNO-Abrüstungsausschuß Ende Mai und der Wiederaufnahme der Genfer Gespräche etwa Mitte Juni gerechnet. Angeblich hatten die Sowjetdiplomaten in privaten Gesprächen zu verstehen gegeben, daß sie sich einem Mehrheitsbeschluß der Ausschußmitglieder nicht widersetzen würden. Durch ihre neue Initiative macht die Sowjetunion aber klar, daß sie einen Propagandafeldzug konkreten technischen Abrüstungsgesprächen vorzieht, nachdem die Sachdebatten im New-Yorker UNO-Ausschuß in der Weltöffentlichkeit keinerlei Widerhall gefunden haben und somit für Moskau ihr Ziel verfehlten.

Es wäre sinnlos, der Abhaltung einer Konferenz zuzustimmen, deren Zielsetzung man im voraus als unannehmbar ansieht. In einer solchen Lage befindet sich der Westen bezüglich des von den Russen und Chinesen verlangten Verbotes der Atomwaffen. Erstens hält man die Respektierung eines solchen "Verbotes" im Ernstfall für äußerst fraglich; zweitens ist die westliche Verteidigungsstrategie infolge des geographischen und numerischen Nachteils auf die nukleare Abschreckung zugeschnitten. Diese Strategie hat sich bisher bewährt und Hand in Hand mit einer Politik der Verständigung einen neuen Weltkrieg unwahrscheinlich werden lassen. Eine problematische Achtung der Atombombe würde uns dem wirklichen Frieden um keinen Schritt näherbringen. Aus rein strategischer Sicht müßte dann Westeuropa ohne den amerikanischen Atomschirm in einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Ostblock auf jeden Fall den Kürzeren ziehen. Schon allein deshalb, weil sich ein eventueller "klassischer" Krieg in Europa in erster Linie auf westlichem Gebiet abspielen würde. Vom Eisernen Vorhang bis zum Atlantik ist es nicht sehr weit und eine rasche Zersplitterung der westlichen Streitkräfte wäre zu befürchten. Aber selbst wenn es dem Westen gelingen würde, einen Überraschungsangriff abzufangen und in die Gegenoffensive zu gehen, bleibt die Sowjetunion durch das Glacis der kommunistischen Staaten gut abgesichert. Ein allgemeiner Verzicht auf die Atombombe würde sowohl in Europa wie in Asien, wo sich der chinesische Koloss noch immer mit Expansionsabsichten trägt, das militärische Gleichgewicht zum Nachteil des Westens verschieben. Die sowjetischen Führer sind sich dessen natürlich bewußt und rechnen auch gar nicht mit einer Annahme ihres Vorschlages. Es geht ihnen nur um die psychologi-

sche Wirkung, welche die Ablehnung eines Atomwaffenverbots durch die westlichen Regierungen bei zahlreichen Menschen hervorrufen könnte - also um einen politischen Nutzen aus der gerechtfertigten Angst der gesamten Menschheit vor den Massenvernichtungsmitteln. Offensichtlich erscheint dem Krenl der Zeitpunkt seiner Initiative im Hinblick auf die gegenwärtigen antiamerikanischen Strömungen in der ganzen Welt besonders geschickt gewählt.

Was die Eliminierung der Atomwaffen betrifft, so standen sich in der letzten Session der Genfer Abrüstungskonferenz bereits zwei realistische Auffassungen gegenüber: Der Westen schloß ihre prozentuelle Vernichtung in drei Etappen und unter internationaler Kontrolle vor, während sich die Sowjets für eine Abschaffung der nuklearen Arsenale bis auf einen provisorischen auf beiden Seiten gleich großen (beziehungsweise kleinen) "Atomschirm" als Sicherheitsgarantie aussprachen. Beide Vorschläge tragen der elementaren Sorge um die Wahrung des militärischen Gleichgewichts Rechnung. Wenn die nunmehr von Botschafter Fedorenko vorgetragene sowjetische Initiative ernstgemeint sein sollte, so würde dies einen Rückschritt bedeuten

+ + +

Bücher- und Zeitungsberg in der Sowjetunion

Ein Überblick - entnommen der "Prawda"

R - Seit 1917 sind in der UdSSR rund 1,9 Milliarden Buch- und Broschürentitel veröffentlicht worden. Die Gesamtauflage betrug 28,8 Milliarden Exemplare. Die Schriften erschienen in 89 Sprachen der Völker der UdSSR und in 51 Fremdsprachen, die außerhalb der Sowjetunion gesprochen werden.

1964 sind 78 204 Buchtitel und Broschüren mit einer Auflage von 1,25 Milliarden Exemplaren erschienen. Die Werke von Marx und Engels wurden bisher in einer Auflage von 80 Millionen Exemplaren und in 75 Sprachen veröffentlicht. Die Werke Lenins hatten eine Gesamtauflage von 323 Millionen Exemplaren; sie sind in 95 Sprachen herausgegeben worden. - Im Jahre 1964 sind technische Bücher mit einer Auflage von 135,4 Millionen veröffentlicht worden. Sie verteilen sich auf 25 834 verschiedene Titel. Zu landwirtschaftlichen Themen sind 45 Millionen Exemplare herausgegeben worden.

In der UdSSR, ihren Gebieten, Städten und Orten erscheinen täglich Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 90 Millionen Stück. Außerdem erscheinen 3 833 periodische Zeitschriften mit einer Jahresauflage von 1,22 Milliarden Exemplaren. Im laufenden Jahr überstieg die tägliche Auflage der Zeitungen bereits 98 Millionen Stück. Die Zeitungen werden in 65 Sprachen, wovon 57 von den Völkern der UdSSR gesprochen werden, herausgegeben. Acht Zeitungen erscheinen in Sprachen, die außerhalb der Sowjetunion gesprochen werden. Für die Jugend werden 15 Zeitungen und für Kinder werden 25 Zeitungen gedruckt.

1913 kamen auf je 100 Personen Rußlands 2 Zeitungen und 62 Bücher, Heute "konsumieren" demgegenüber 100 Sowjetbürger 39 Zeitungen, 23 Zeitschriften und 550 Bücher im Jahr.

+ + +